



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

29 (19.1.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189546)

der Unabhängigkeit gestellt. „Falsche Durchführung“ rief Herr Gortz, worauf Oberst unter schmerzlichen Gelächter und Händeklatschen erwiderte: „Unser Führer war viel sorgfältiger, als Sie in Bezug den kommunistischen Ausschuss geführt haben.“

Aus den unruhigen Angeln auf die Unabhängigen war nach die Belohnung zu erwarten, daß ein großer Teil der „Belohnung genossenen“ Arbeiter bei den Wahlen die Mehrheitsparteien nicht mehr unterstützen werden.

Diesem münden Punkt galt die sachliche Ausführungen, die in dem Satz gipfeln, daß das Heil keinen Arbeiter etwas nützt, was er in der Revolution erlangt habe. Der Demokrat Erkeley aber möchte sich, den Unternehmern über Bedenken ausprechen. Die deutsche Industrie werde sich auch hier anpassungsfähig zeigen.

Endlich war die allgemeine Aussprache zu Ende. In der Spezialberichterstattung sprachen nur noch die Unabhängigen. Der Saal, sehr leer, füllte sich, als die Streiker zur nennenswerten Abstimmung riefen. Um halb 7 Uhr verläßt die Präsident Herrbach, daß das Verbleibende der Verhandlung mit 213 gegen 14 Stimmen angenommen sei. Gedämpftes Beifallsgemurmel. Bis heute — wir sagten wiederholt schon hier — hat niemand mehr an diesem Kompromißwort.

Nationalversammlung.

Berlin, 18. Januar.

Letzte Sitzung des Reichstages.

In der mit Artikel 1 (allgemeine Bestimmungen) verbundenen allgemeinen Aussprache erklärte Abg. Schütz (D.D.), daß seine Partei das Gesetz ablehne, da es dem demnachstehenden Wirtschaftlichen den Widerstand erwidere.

Abg. Dr. Wolf (D.D.) erklärte für seine Parteifreunde die Nichtabstimmung zu dem Gesetz, das nicht dem sozialen Frieden dienlich wäre.

Abg. Ehrhardt (D.D.) betont im Gegenjoh zu den beiden Vorrednern, daß die Vorlage für den Arbeiter wohl einen großen Fortschritt bedeutet. Seine Partei nimmt dem Gesetz zu, weil sie es für eine zwingende Notwendigkeit hält.

Abg. Grottel (D.D.) weist darauf hin, daß das Verbotsgesetz auch heute wieder mit Wohlwollen betrachtet sei. Unter Vorbereitung zu neuen Maßnahmen werde das für seine Partei ausnahmsweise Gesetz verabschiedet.

Abg. Oskar (D.D.) wagt bei kühleren Klaffen zum Vermut, daß von Seiten der Reichstagsmitglieder bei den 14 Ablehnungen immer mindestens einer fehlte. Das Verbotsgesetz sei als Großtat in der Reichsgeschichte zu bezeichnen.

Reichsarbeitsminister Schlichte teilt mit, daß wegen der internationalen Regelung der Beschäftigten in den Bergwerksbetrieben die Verhandlungen demnächst aufgenommen werden. Abg. Grottel (D.D.) glaubt nicht, daß die Industrie, wie es von der Fronten hergehe, an diesem Gesetz zugrunde gehen werde.

Die allgemeine Erklärung ist damit geschlossen, die allgemeinen Bestimmungen werden angenommen, ebenso mit geringfügigen Veränderungen der Art des Gesetzes.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. In unvollständiger Befreiung wird schon das Gesetz mit 213 gegen 14 Stimmen der Reichstagsmitglieder angenommen.

Der Präsident tritt am die Verkündung, den Tag der nächsten Sitzung (19. Januar) zu bestimmen, sobald der Bericht des Staatsanwaltes vorliegt.

Abg. Grottel (D.D.) hält eine Verzögerung in letzter Zeit für bedauerlich, seine Partei wünscht keine Abweichung nach den Reichstagen.

Abg. Schütz (D.D.)-Erklärung: Wann kommt endlich das Verbotsgesetz? Das ist die Hauptfrage.

Das Gesetz schließt sich dem Verbotsgesetz des Reichstages an. Schluß 6 1/2 Uhr.

Streitfrage im Ruhrbergbau?

Aus Bochum wird uns geschrieben: Das Aufkommen von Teilstreiks in der Hamborner Wetterde hat die Befürchtung geweckt, daß der Funke überspringen und den ganzen bergbaulichen Westen in Brand setzen könne, ein Ereignis, das nicht nur für den Ruhrbergbau und die von ihm in hohem Maße abhängige Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch für alle übrigen Zweige des durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen ohnehin bis zur Blutzufuhr geschwächten deutschen Wirtschaftslebens, vielleicht gar für unsere ganze vaterländische Zukunft von katastrophaler Wichtigkeit sein könnte.

Wenn es nach dem Wunsche der Kommunisten, Syndikalistin und Spartakisten ginge, so wäre der Generalstreik im Ruhrrevier und im Besonderen der allgemeine Aufruhr und Zusammenbruch eine ausgemachte Sache. Zahlreiche Anzeichen lassen erkennen, daß die Befürchtung der proletarischen Diktatur und Errichtung des Bolschewismus mit allen Hebeln auf die unumkehrbare Gewalt und den längst heißersehnten Schlag an der Staatselektrope erwarten.

Im Ruhrrevier werden es außer dem Betriebsrätegesetz besonders die sechs Stunden und die Lohnfrage sein, mit denen Spartakisten freiben geht. Es gibt wohl kaum jemanden, der dem unter Tage arbeitenden Bergmann eine auf ein Mindestmaß verkürzte Schichtzeit und ihm wie allen redlich Schaffenden einen auskömmlichen Lohn mißgönnt. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß mit Lohn- und Gehaltssteigerungen die Versorgungsergebnisse nicht verbessert, sondern verschlechtert werden. Und die sechs Stunden Schicht? Angesichts des bis zur Unmöglichkeit gedehnten Kohlenmangels, angesichts der ungeheuren Kohlenforderungen der Entente würde sie, zumal wenn ihre internationale Regelung sich nicht durchführen läßt, den sicheren Ruin unserer gesamten Volkswirtschaft einleiten. Die Führer der Gewerkschaften sind sich der schweren Bedenken und Gefahren auch bewußt. So schreibt in einer letzten vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands herausgegebenen Broschüre „Volk in Not! Ausführungen zur Kohlenfrage“ der bekannte Bergarbeiterführer Otto Huse u. a.:

„Durch die Revolution sind bisher nur in Deutschland die Bergleute in die Lage versetzt worden, eine bedeutend größere Schichtzeitverkürzung zu erreichen, als vordem gefordert wurde. Diese günstige Lage dürfen wir uns aber nicht verderben durch ein dänisch-anarchisches Vorgehen, das keine Rücksicht auf die ausländischen Konkurrenzverhältnisse, auch keine Rücksicht nimmt auf die ungeheure schwere Last unseres eigenen Volkes!“

Seiden wird ein großer Teil der Bergarbeiter lieber auf die Streckenlänge der sportatistischen Gimpfänger hören als auf die Mahnrufe einzelner Wirtschaftspolitiker. Schon jetzt ist die Idee der „Sechsstundenarbeit um jeden Preis“ für zahlreiche Bergarbeiter zum unumstößlichen Evangelium geworden. Dieser Tatsache müssen die Organisationen Rechnung tragen, wenn sie nicht ihren Einfluß auf die Massen verlieren wollen. Aus dieser Ausgangslage heraus haben wohl auch die zur Arbeitgemeinschaft gehörigen Verbände die Frage der Sechsstundenarbeit bei den jetzt begonnenen Tarifverhandlungen mit den Verbliebenen zur Diskussion gestellt.

Auf den Ausgang dieser Tarifverhandlungen ist man naturgemäß allgemein gespannt. Noch gespannter ist man darauf, zu wissen, was die Bergleute tun werden, wenn ihnen die Einführung des Sechsstundentages ab 1. Februar nicht zugesprochen werden sollte. Der beste Ausweg wäre unseres Erachtens ein verständiges Kompromiß, etwa in der Form, daß man der Bergarbeiterschaft grundsätzlich die Sechsstundenarbeit für die unterirdische Bergarbeit zubilligte, jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bergarbeiterschaft ihrerseits verpflichtete, über die sechsstündige Schicht hinaus zur Hebung der eigenen Kohlennot und zur Erfüllung der Verbliebenen Bedingungen Ueberstunden gegen entsprechende Mehrbezahlung als

Handarbeiten zu verrichten, solange die technisch-wirtschaftlichen Verhältnisse dies erfordern.

Bergarbeiterherweise ist die Stimmung unter den Bergarbeitern einem derartigen Kompromiß wenig geneigt. In Kreisen, die diese Stimmung genau kennen, ist man der Ansicht, daß die Kumpels im Ruhrgebiet sich „die Sechsstundenarbeit“ holen werden, wenn man sie ihnen nicht gibt“. Das bedeutet nicht ohne weiteres, daß sie zur Durchsetzung ihres Verlangens sich der Waffe des Streiks im eigentlichen Sinne bedienen werden. Man rechnet vielmehr damit, daß die Bergleute zwar regelmäßig zur Arbeit erscheinen, diese aber jedesmal nach Ablauf von sechs Stunden abbrechen werden. Zum Generalstreik, den Spartakus so gern haben möchte, werden sich die Bergleute kaum verleiten lassen. Das Beispiel des vorigen Jahres schreiet doch allzulehr. Da die Verbände der Arbeitgemeinschaft die Zahlung von Ueberstunden für die von den Syndikalistin entfallenden wüsten Streiks ablehnen, haben viele Bergleute mit ihren Familien noch heute an den wirtschaftlichen Folgen ihrer Streikbeteiligung zu tragen. Auch eine Reihe anderer Erwägungen sprechen gegen die Erwartung eines Generalstreiks.

Eine gewisse Klärung könnte die Tagung des alten Bergarbeiterverbandes bringen, die am 24. Jan. ihrer letzten Sitzung nimmt und in deren Mittelpunkt ebenfalls die Frage der Sechsstundenarbeit steht. Die Beschlussefassung der Generalversammlung ist zwar insofern keine sichere Voraussetzung für die Haltung der Ruhrbergleute, weil im Verbande die Mittelbergleute aus den übrigen deutschen Bergwerksrevieren abseits aus dem Ruhrgebiet überwiegen. Immerhin wird man aus den Verhandlungen herausgehören können, wohin der Weg geht. Vielleicht hat die Tagung auch insofern ihr Gutes, als den Bergleuten aus dem Ruhrbergbau und aus den Erzgebieten hier die Möglichkeit gegeben ist, in der Aussprache mit ihren im Ruhrbergbau tätigen Kameraden diesen einträglich die geradezu furchtbare Lage zu schildern, in die der Kohlenmangel viele von ihnen schon jetzt gebracht hat. Es ist möglich, daß unter dem Eindruck dieser Schilderungen die Kameraden treue und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl die Stimme der Eigenmacht überdönen wird, die den industriellen Wert und unser gesamtes Wirtschaftsleben vor unheilvollen Erschütterungen bewahren.

Die Regierung gegen Verkürzung der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau.

Essen, 19. Jan. (W.B.) Die bereits vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, wird der Tarif für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier seitens der Arbeitnehmerverbände zum 31. Januar gekündigt. Anlässlich der Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifabkommens trat die Bezirksgemeinschaft des Bergbauers für das Ruhrrevier in Essen zusammen. Auf Wunsch der Arbeitgemeinschaft hatte der Reichsarbeitsminister als seinen Vertreter Regierungsrat Dr. Bodenstein zu der Sitzung entsandt. Bei den Beratungen erklärte der Regierungsdirektor auf Anfrage aus der Versammlung folgendes:

Die Reichsregierung hält angesichts der gegenwärtig ganz außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage Deutschlands eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau zur Zeit für eine Unmöglichkeit. Die derzeitige Lage des deutschen Volkes und des Reiches gebietet, daß die Einführung der Sechsstundenarbeit von einer internationalen Verständigung der hauptsächlichsten, Kohlenbergbau treibenden Staaten abhängig gemacht wird. Die Verhandlungen sollten so gefördert werden, daß bis zum Ablauf des jetzigen Tarifs das neue Abkommen fertiggestellt ist.

Strauß und Erzberger.

Wie verlautet, will der beim Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit tätige Geheimrat Regierungsrat Strauß von seinem Posten zurücktreten. Strauß ist eine der interessantesten Persönlichkeiten des neuen Regimes. Er ist neben seinem Regierungssamt zugleich Mitinhaber einer der größten Eisenhandelsfirmen des Rheinlandes, der Firma Otto Wolff u. Co., der man ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Mark nachschätzt. Geheimrat Strauß hat seinerzeit den falken Pakt unterzeichnet, der dem Leutnant Marock die Flucht ins Ausland ermöglichen sollte. In der neuesten Nummer der „Zukunft“ beschließt sich auch Maximilian Harden mit Strauß, und was er mitteilt, ist interessant genug:

Herr Ottomar Strauß, der in der Kölner Eisenhandlung Bekker angestellt war, begründete vor ungefähr 14 Jahren mit Herrn Otto Wolff die Eisenhandlung, die dessen Namen trägt. Inerst wurde am meisten mit Schrott und Altmetall gehandelt, besonders mit Pechenostöcken, aus denen der Käufer Spaten machte. Durch Beziehungen zu Protokollen des Stahlwerksverbandes und des Rheinischen Eisenwerksverbandes wurde die kleine Firma entwickelte sich in amerikanischen Sinne, konnte einen Teil der Rohstoffe aus Amerika herbeiführen, eine englische Metallfirma übernehmen, in die erste Reihe der Eisenhandlungen vorrücken. Als der Krieg ausbrach, vertrat Herr Strauß schon eine Millionenfirma.

Zu Beginn des Krieges gelang es ihm, anstatt ins Feld zu gehen, im Kriegsministerium beschäftigt zu werden. Von da wechselte er in die türkische Botschaft über. Als Vertrauensmann der türkischen Regierung spielte er eine ähnliche Rolle wie Barbus in Konstantinopel. Ähnlich wie Barbus führte er auch im Hotel Kaiserhof in Berlin einen fürstlichen Hofstaat. Während dieser Zeit machte dank der ausgezeichneten Beziehungen des Herrn Strauß seine Firma glänzende Geschäfte und noch ertragreicher sollen ihre „Kriegsgewinne“ gewesen sein. Man rühmt Herrn Strauß einen besonders starken Einfluß auf den Staatssekretär Erzberger nach. Bei diesem soll er durchgesetzt haben, daß Herr Strauß, der Sachverständige in allen Fragen der deutschen Großindustrie, nicht nach Spanien in die Waffenstillstandskommission berufen wurde. Davon, daß der Verkehr des Herrn Strauß mit der neuen Regierung auch persönlich sehr eng ist, hat man sich wiederholt überzeugen können. In der „Zukunft“ wird seine Momentphotographie erwähnt, die in einem Salon des Herrn Strauß im Hotel Eplandee in feierlicher Eintracht vereint zeigte: rechts einen Ministerpräsidenten, links einen Vizepräsidenten, einen Staatsanwaltszeugen und das (bissher) einzige Opfer aus dem Marock-Prozeß. In seiner bekannten andeutenden, aber nie bestimmt geäußerten Art spricht Maximilian Harden auch noch in diesem Zusammenhang von anderen merkwürdigen Dingen.

Deutsches Heer.

Der Wehrmännerverband nach Köln.

Berlin, 17. Jan. Am Donnerstag, den 15. Januar 1920, fand im Kriegervereinshaus auf Veranlassung des Deutschen Wehrmännerverbandes, Düsseldorf, eine große allgemeine Wehrmännerverammlung Groß-Berlins statt. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Leonhardt, Düsseldorf, wandte sich

in einem Vortrage über Zeit- und Streitfragen nachdrücklich gegen die politischen Drahtzieher, welche mit Gewalt eine neue Revolution erzwingen wollten. Die Neutralität aller bestehenden politischen Parteien erkennt der Verband an, lehnt aber solche Gruppen ab, die nicht auf dem Wege durch die Verfassung, sondern durch die Strafe mit Kampf und Gewalt eine neue Staatsform in Gestalt eines revolutionären Räte systems schaffen wollen. Die Verammlung stimmte der Auflösung des Vorstehenden nach langer Erörterung zu durch folgende Entschließung:

Die heute im Kriegervereinshaus tagende allgemeine Wehrmännerverammlung steht in den politischen Demonstrationen, die sich am 14. Januar gegen das vom gesamten deutschen Volk erwählte Parlament richteten, nicht das geeignete Mittel, berechtigten Wünschen der Angestellten durchzusetzen.

Die Verammlung protestiert gegen solche politischen Demonstrationen und verlangt strikte Neutralität für die Zukunft.

Lohnverhöhung und Preiserhöhung.

Berlin, 19. Jan. (W.B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der kürzlich im Reichsarbeitsministerium eine Beratung über die Frage statt, ob durch eine zweckmäßigere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten in den Tarifverträgen eine Verringerung der Lebenshaltungskosten erreicht werden könne. Im Laufe der Aussprache äußerten sich alle Teilnehmer ernstlich Bedenken gegen eine mechanische Anpassung der Löhne an die Preise der Lebenshaltung, wozu eine ständige Steigerung aller Preise zu befürchten sei. Dagegen wurde allgemein die große Bedeutung der vom Reichsarbeitsministerium organisierten Lebenshaltung- und Lohnstatistik für eine angemessene Lohnbemessung und die Ausgestaltung der Tarifverträge anerkannt. Die Frage, wie die Ergebnisse dieser Statistik in der Praxis bei den Tarifverträgen und Einigungsverhandlungen zweckmäßig zu verwerten sei, wird von der Reichsarbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums eingehend geprüft.

Graf Arco zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt.

München, 19. Jan. (Priv.-Tel.) Graf Arco ist auf einstimmigen Beschluß des Münchener Ministeriums zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt worden. Man darf annehmen, daß auch die Festungshaft nicht von allzulanger Dauer ist. Vermutlich wird man mit dem jungen Grafen Arco ähnlich verfahren wie mit Friedrich Adler in Wien.

Der neue Bürgermeister von Nürnberg.

Nürnberg, 18. Jan. (W.B.) Zum ersten Bürgermeister der Stadt Nürnberg wurde heute mit 24833 von 35058 abgegebenen Stimmen Dr. Puppä-Frankfurt a. M. gewählt.

Letzte Meldungen.

Die Rückbefreiung unserer Kriegsgefangenen.

Wes zur Heimkehr bereit.

Paris, 19. Jan. (Fig. Draht.) Major Brandt, der deutsche technische Delegierte für die Heimkehr der Gefangenen, hat mitgeteilt, daß das gesamte Material für den Heimtransport bereit steht und in nächster Zeit vollständig und den geforderten technischen Bedingungen entsprechend in Tournai sein werde. Ihrerseits hat die französische Verwaltung das nötige Material, jedoch bei richtiger Stellung der Wagensüge die Heimkehr der Gefangenen binnen dreier Tage in vollem Umfange beginnen kann.

Bonn, 18. Jan. (W.B.) Die Reichszentral-Korrespondenz für die Kriegsgefangenen-Rückkehr teilt mit: Heute Abend begann die Abfahrt der deutschen Geerzüge zur Heimkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich. Das Eintreffen der ersten Züge in den Durchgangslagern wird sofort bekannt gegeben werden.

Der Angriff auf Polen.

Anapolis, 18. Jan. (W.B.) Funknachricht. Die Washington Post meldet, daß Trotsky erklärte, die nächste Aufgabe der bolschewistischen Heereskräfte sei der Angriff auf Polen und die baltischen Staaten.

Deutschlands Beziehungen zum S. O. Staat.

Berlin, 18. Jan. (Von uns. Berl. Büro.) Dr. Ludwig Haack, der zum Gesandten in Belgien abberufen ist, hat sich in seine belgische Heimat begeben, um sich mit den belgischen der belgischen Regierung nochmals in Beziehung zu setzen, ob er den Belgier der Polen annehmen soll oder nicht. Gerade den diplomatischen Vertreter Deutschlands in den neu geschaffenen Staaten zu werden in Zukunft besonders wichtige Aufgaben anfallen. Hier ist Russland, auf dem sich zunächst einmal die deutsche Politik zu orientieren haben wird. Auch Belgien ist ein solches Russland, denn es ist ja nicht mehr die Hauptstadt des Königreichs Serbien, sondern es aus dem Streubel der Weltwirtschaft aufgetauchten S. O. Staaten, des Staates der vereinigten Serben, Kroaten (Drautzi) Slowenen. Auf diesen Völkern werden wir nur die besten Männer, Leute von wirtschaftlichem Verständnis und unbedingtem nationalen Sinn gebrauchen können. Aus diesen Gründen möchten wir auch meinen, daß Herr Vossler Samuel Sanger nicht für die Dauer in Prag bleiben wird. Schließlich genügt es nicht, daß der deutsche Gesandten in Prag gute Beziehungen zu Herrn Masaryk hat. Er muß auch Beziehungen zu den dreieinhalb Millionen Sudetenländern und Verbänden für ihre Lage haben. Die Bestellung des Herrn Dr. Samuel Sanger zum Gesandten in Prag ist denn auch wie wir eben nur als eine vorläufige zu verstehen.

Neuerannte Befehlshaber im besetzten Gebiet.

Paris, 19. Jan. (Havas.) Der zurückgetretene Minister der öffentlichen Arbeiten, Clavelle, wurde zum Präsidenten der Zentralkommission für die Rheinisch-Westfälische Diözesan ernannt. Diözesan general Nordaca, Chef des Militärkabinetts im Kriegsministerium, wurde anstelle des Diözesan generalis Vonderberg zum Kommandeur des 30. Armeekorps am Rhein ernannt.

Abreise des französischen Gesandten nach Berlin.

Paris, 19. Jan. (Havas.) Der französische Gesandten in Berlin, de Marcilly ist am Abend mit dem Kölner Schnellzug abgereist, um seinen Posten anzutreten.

Offenbach, 18. Jan. Im Hirsch fand heute, 8 Uhr abends, eine Versammlung der Mitglieder der deutschen nationalen Partei unter Vorsitz des Herrn Gieseler statt. In der mehrere deutsche nationale Mitglieder aus Randsheim und Samsheim unter Willensdurft in politischen Fragen Mitteil. Nach der sehr anregenden Aussprache über unser Verhältnis zu den anderen Parteien, traten sämtliche Gäste als Mitglieder der Partei bei, wobei wir uns nahezu verheißend haben.

Koblenz, 18. Jan. (W.B.) Die Reichsregierung hat dem Reichskommissar von Stard auf seinen Antrag 10000 Mark zur Unterstützung der durch Hochwasser geschädigten Bevölkerung des besetzten rheinischen Gebietes zur Verfügung gestellt.

Die Schmach der Auslieferung.

Das deutsche Volk steht vor dem furchtbarsten und schmachvollsten Erlebnis, das jemals ein Volk gehabt hat, es soll den Friedensvertrag

zum zweiten Mal unterschreiben, und zwar dieses Mal mit seinem eigenen Blut;

deutsche Mütter und deutsche Väter sollen ihre Söhne, Frauen ihre Männer, Kinder ihre Väter einem rachsüchtigen, vernichtungswütigen Feinde zur ungerechten Aburteilung in die Hände liefern!

Unter den Schicksalsschlägen des vergangenen Jahres, unter den verwirrenden Eindrücken der sich überstürzenden Ereignisse ist das deutsche Volk nicht zur rechten Selbstbestimmung gekommen und hat nicht die innere Ruhe gefunden, über seine Lage und über die Zumutungen, die der Feind gestellt hat, volle Klarheit zu gewinnen. Umso mehr ist es Pflicht aller entschlossenen, willensstarken, national denkenden und empfindenden Deutschen, die

sich den Glauben an eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes fest im Herzen bewahrt haben,

ihre Volk zur Erkenntnis seiner furchtbarsten Lage aufzurufen und ihm in die Seele zu prägen, wie sehr es nicht nur in seiner äußeren materiellen Entwicklung, sondern auch in seinem ganzen nationalen Bestehen bedroht ist.

Die Forderung des Friedensvertrages, daß der frühere deutsche Kaiser,

Wilhelm II., und Angehörige des deutschen Reiches, Hunderte von Offizieren und Beamten, sowie 300 Unteroffiziere und Mannschaften

zur Aburteilung vor feindlichen sogenannten Gerichten wegen angeblicher moralischer oder strafrechtlicher Vergehen und Verbrechen an die feindlichen Staaten auszuliefern sind, hat in ihrer Ungeheuerlichkeit in der Geschichte zivilisierter Kulturvölker nicht ihresgleichen. Man muß in die graue Vorzeit zurückgehen und die Gebräuche ungebildeter roher Naturvölker zum Vergleich heranziehen, um Beispiele ähnlicher despotischer Willkür und brutaler Gewalttätigkeit zu finden.

Die Forderung bedeutet eine

Zerstückung der Fundamente jeder Rechtspflege.

Damit würde in den Beziehungen der Völker zueinander grundsätzlich die

Macht an Stelle des Rechts

treten. Das hier von den Feinden Deutschlands beabsichtigte Verfahren ist geradezu ein Hohn auf ihr angebliches Kriegsziel des Eintretens für Recht und Gerechtigkeit, für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen, für den Schutz der Schwachen.

Überdies soll das Verfahren nur einseitig sein.

Deutschland soll nicht das gleiche Recht zustehen, die unzähligen Völkerrechtsbrüche seiner Gegner gerichtlich zu ahnden oder ahnden zu lassen. Die Nichtbeachtung aller Bestimmungen des Völkerrechts von Seiten Englands,

die Anwendung des barbarischen, verbrecherischen Mittels des Hungerkrieges gegen ein ganzes Volk, gegen Frauen, Kinder, Kranke und Greise, eines Mittels, das Millionen von Unschuldigen und Nichtkämpfern in Deutschland, Oesterreich, der Türkei, Bulgarien und Rußland das Leben gekostet und viele weitere Millionen durch Krankheit und Gebrechen zu Grunde gerichtet hat,

und das in seiner verheerenden Wirkung noch immer weiter wüthet und den Bolschewismus nährt, die unzähligen Fälle von Raub und Plünderung deutschen Eigentums in den Kolonien und dem Auslande, von niederträchtiger unmenschlicher Behandlung Gefangener, auch von Frauen und Kindern, ferner, die von weißen und schwarzen Engländern und Franzosen, von Serben und anderen Völkern begangenen Greuel gegen deutsche Verwundete und Gefangene, alles das soll ungeahnt bleiben? Gibt es einen klareren Beweis dafür, daß bei dem feindlichen Gerichtsverfahren nicht Schuld und Unschuld gesucht und festgestellt, sondern für Deutschland einseitig eine Schuld konstruiert werden soll?

Die Massenverurteilung von Deutschen vor den sogenannten Gerichten der Alliierten soll zunächst ganz allgemein den von diesen gewünschten und mit allen Mitteln erzeugten Eindruck einer alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege verstär-

ken und festigen und so verhüten, daß jemand den deutschen Spuren ihrer eigenen politischen Mächenschaften nachgeht, durch die sie diesen Krieg zur Vernichtung Deutschlands herbeiführten.

Von den früher verkündeten angeblichen Kriegszielen zu den jetzt zu Tage getretenen wahren

würde die Brücke fehlen, wenn es nicht gelänge, den diktierten Frieden als einen Straf-frieden gegen ein verbrecherisches Volk zu rechtfertigen.

Die Alliierten haben zugleich aus diesem Grunde schon während des Krieges in einer ausgebreiteten Propaganda und in propagandistischen Reden ihrer Staatsmänner das deutsche Volk als ein Volk von Verbrechern zu verkünden versucht.

Nun sollen diese zahllosen Lügen und Verleumdungen durch die Massenverurteilung Deutscher eine Verewigung in der Geschichte, eine gerichtlich beglaubigte Bestätigung erhalten. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages soll sein Verewigungsnachweis mit deutschem Blute geschrieben u. gesiegelt werden.

Mit der Aburteilung Deutscher, vor allem Kaiser Wilhelm II. als Vertreter des Hauses Hohenzollern,

soll die große und glückliche Entwicklung Preußen-Deutschlands in den letzten 150 Jahren als ein Vergehen gegen das Weltgewissen und das allgemeine Gerechtigkeitsgefühl gesempelt,

soll auch der Gedanke, der in dieser Entwicklung lag, soll seine zukünftige Wiederaufnahme und Fortführung, soll das Bild des einigen, glücklichen, starken Deutschlands aus der Geschichte gelöscht werden.

Es handelt sich also nicht nur um die Verurteilung unserer nationalen Vergangenheit, sondern vor allem unserer Zukunft!

Rebellen verfolgen die Gegner selbstverständlich das Ziel, den Ruf ihrer Macht in der Welt zu verbreiten. Eine mit allen Mitteln arbeitende Propaganda wird mit dem unseren Feinden eigenen Talent zur Niedertracht das Ergebnis und den Verlauf der Gerichtsverhandlungen bis in alle Winkel-Kinos der Welt und bis in das letzte Regendörfchen verbreiten, nicht nur, um den verschiedenen Vasallen-Völkern die Faust ihres Herrn zu zeigen, sondern auch um den wirtschaftlichen Kredit Deutschlands zu vernichten, um den deutschen Kaufmann in der Welt unmöglich zu machen.

Politische Propaganda und Geschäftsklame im großen Stil sind also der Zweck des Verfahrens.

Es soll nicht Recht gebrochen, sondern Recht gebrochen

werden: Man wird die Angeklagten verurteilen, um den angestrebten Zweck zu erreichen. Die Freisprechungen, die vielleicht erfolgen werden, haben keinen anderen Sinn, als die scheinbare Unparteilichkeit und den angeblichen Gerechtigkeits-sinn der Gerichte zu bekunden. Dazu kommt, daß die vom Feind eingesetzten Gerichte, deren Urteile im voraus bereits festgelegt worden sind,

keine ordentlichen Gerichtshöfe nach international anerkanntem juristischem Begriff

sind. Bei diesen Gerichten ist

Geschädigter, Kläger, Richter und Zeuge ein und dieselbe Person.

Die Feinde wollen mit dieser tiefen Erniedrigung und dieser schändlichen Schmach das deutsche Ehrgefühl, das deutsche Nationalempfinden, den deutschen Nationalstolz, das deutsche Staatsbewußtsein treffen und abtöten. Sie wollen dem deutschen Volke das Rückgrat brechen.

An das deutsche Volk ist heute die Schicksalsfrage gestellt: Wollen wir noch an deutsche Zukunft glauben? Halten wir die Mission Deutschlands in der Welt für so wertvoll, daß

wir für sie eintreten müssen? Gibt es daher noch eine Verpflichtung deutscher Ehre oder nicht?

Materielle Verluste sind mehr oder weniger zu ersehen. Sie können ein Volk zeitlich auf Jahrhunderte zurückwerfen, bedeuten aber nicht unter allen Umständen die Vernichtung seines nationalen Daseins.

Die Verflämmerung der aus Charakter und Gemüt quellenden nationalen Kräfte hingegen ist gleichbedeutend mit der Zerstörung des Kerns im Leben eines Volkes, aus dem sich der Stamm allein wieder neu entwickeln kann.

Keine Arbeit, kein Fleiß, kein guter Wille kann diesen Schaden ersehen.

Die willenlose Aufgabe und Opferung der nationalen Ehre ist das Symptom einer Krankheit im Volkskörper, die nicht nur das Mark des gegenwärtigen Geschlechts verzehrt, sondern auch im Blute der Nachkommen als schleichendes Erbäbel weiter wirkt.

Wir haben also zu entscheiden, ob wir die Durchführung der Auslieferung widerstandslos geschehen lassen, ob wir diesen Schlag in das Gesicht der Nation widerspruchslos hinnehmen wollen.

Es hieße das Dasein unseres Volkes und Staates um ein Pfennigstück verkaufen, wenn wir um materielle Schädigungen Deutschlands zu vermeiden und augenblickliche leidliche Vorteile herauszuschlagen, unsere nationale Ehre offen preisgeben und damit die Fundamente unserer zukünftigen völkischen und staatlichen Entwicklung sprengen wollen.

Diesem, welche sich weigern, der Auslieferungsforderung Folge zu leisten, tun dies in der Aussicht, eines Tages vielleicht ausgegriffen und vor die feindlichen Tribunale geschleppt zu werden, deren parteiliches und voreingenommenes Urteil durch ihre Weigerung gewiß nicht gemildert werden wird. Sie nehmen einen Kampf auf sich, dessen Schwere für sie persönlich von Niemanden unterschätzt werden kann. Und wenn wir wiederum die Geschichte fragen: Waren vielleicht Luther, Andreas Hofer, Freiherr v. Stein oder Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I., Fetslinge, weil sie sich ihrer Gewissenspflicht und ihrer Ueberzeugung folgend, zu Zeiten vor Höchern und Feinden verborgen hielten, um einer besseren Sache zu dienen?

Wenn aber Männer, die in jahrelangem Kriege ihre Pflicht für ihr Vaterland vollumfänglich getan haben, und jetzt zur Demütigung und Schändung des deutschen Volkes ausgeliefert werden sollen, sich der Vorführung vor die sogenannten Gerichte der Entente entziehen wollen, um Deutschland die nie wieder auszutragende Schmach und Schande zu ersparen, ist es da nicht die

Pflicht und das Recht

eines jeden ehrliebenden Deutschen, der noch an eine bessere Zukunft seines Vaterlandes glaubt, diesen Verfolgten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen?

Möge das deutsche Volk der ganzen Welt zu erkennen geben, daß es

keine Ehre

mit allen Mitteln zu wahren wissen wird, und wenn es keine materiellen Schätze und Güter dem gierigen Griff der Feinde nicht mehr entwinden kann,

sein eigenes Blut

bis zum Äußersten verteidigt.

Wer dieser Auffassung der Auslieferungsschande zustimmt, wolle dies baldmöglichst mitteilen an

Hauptmann a. D. W. Mathy, Heidelberg, Erwin-Rohdestraße 21.

National-Theater.
Montag, den 19. Januar 1920
24. Vorstellung im Schauspielhaus. D. für 4. Vorlesung D. 20
Die Braut von Messina
über: Die feindlichen Brüder.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise. Ende gegen 9 Uhr.

Mannheimer Trio
III. Abend
Montag, 19. Januar 7 Uhr — Harmonie
Schumann: Phantasie für Op. 88; Frank: Violinsonate; Beethoven: Op. 70 Nr. 1.
Tageskarten in d. Musikalienhandlung und Abendkasse 350

Künstlertheater „Apollo“
Sparte und Lesende Tage, abends 7 1/2 Uhr; Ludwig Schmitz in der Partie: „Die Dame bei meine Braut“, außerdem das hervorragende Besetzungsprogramm. In d. ab. 8. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Palast-Theater.
Lill's Ehe
nebst 750
Beispielen

Mannheimer Hausfrauenbund.
Donnerstag, 22. Januar
abends 8 Uhr
im alten Rathaus
Vorlesung von
Jeanne Henneke über
die Geschichte der
Hausfrau in der
Geschichte der
Welt.
Eintritt frei. 575

**Abendvortrag des Friseur- und Haargewerbes
Zwangs-Vereins Mannheim.**
Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr
im Rest. Stadt Lück P 2

Öffentl. Versammlung
Tagesordnung:
Unsere Lohnforderungen.
Notgedrungen sind auch wir gezwungen mit neuen Forderungen an unsere Arbeitgeber heranzutreten. Frisuren, Friseurarbeiten und Lehrfriseurarbeiten sind vollständig in dieser Versammlung. Ehrenpflicht eines jeden im Berufsstand ist es pünktlich zu erscheinen. 574

J. Hofmeier, Waldkirch
Assnutha, Roman. Preis 4.00.
„Heiratsmacher“ Roman. Preis 10.—.
Artikel: Prof. G. schreibt: Der Inhalt ist überaus spannend und lehrreich. Der Roman ist ein genaues Abbild des gesellschaftlichen Lebens einer deutschen Kleinstadt. Wie es sein sollte, wie es ist. Sie sind doch dem Leben angelohnt. Nicht bald hat ein Roman der Kunst so aus dem Leben mit beiden Händen geschöpft wie dieser. . .
Bestellen Sie sofort!

Abgabe von Energie
Welches Unternehmen ist in der Lage, möglichst in Baden oder Württemberg
30-45 PS freie, Dampf- elektr. oder Wasserkraft
abzugeben. Es handelt sich um Aufstellung einiger Spezialmaschinen die in einem Raum von 50-80 qm unterzubringen sind. Angebote an den Besizerfragen. 500

Carl Rudolph, Mannheim
Industriehafen, Friesenheimerstr. 7.

Musikhaus Mannheim
en gros
en detail
Alle Musikinstrumente u. Bestandteile.
Größtes Lager. Allerbilligste Preise.
Reell fachmännisches Geschäft.

Geldmann als Teilhaber
zur Uebernahme eines hier, nachw. guten Spezial-Geschäftes von Fachmann sofort gesucht. Angebote an M. H. 28 an die Geschäftsstelle da. Bl. 822

Geldmann als Teilhaber
zur Uebernahme eines hier, nachw. guten Spezial-Geschäftes von Fachmann sofort gesucht. Angebote an M. H. 28 an die Geschäftsstelle da. Bl. 822

Original Apachen
Tanz, ausgeführt v. d. Tanztraktion
Schön Strolitz Logout
u. a. S2
Kabarett Rumpelmayer

Bilz
Tote leben länger
Der Naturbau

Bienenzucht-Verein Mannheim e. V. Bienennonig
gar. rein hab. d. Mitglieder:
Allendorf, Seifert 22;
Glabbe, Kremer;
Gandhelen, Brecht;
Gandhelen, Siegel 12;
Hoffmann, Garten-
acht, Heide 40;
Klein, Hohenstein 18;
Klingert, Kähler;
O. 3. 2; Leuz, Hohen-
stein, Schwanerstr. 31;
Ludwig, Gartenfeld-
straße 32; Nickel,
Schwepingerstr. Nr. 100;
Schmitt, Heiderau-
straße 124 (Geldstr.);
Schubmann, Vor-
bergstr. 16; Weck-
esser, Dummig 30;
Zellfelder, Redar-
str. 14.
Dere Gefäße werden
aufgelüht. 584

1 Knabe
9 Monat alt, an gute
Familie an Kindesstatt
abzugeben. Knabe, mit
N. V. 20 an die Geldstr.
Straße da. Bl. 822

Aufnahme
bis 1. Febr. gegen keine
Denken u. Dienstleistung
bis zu ihrer Wiederkehr
(Zahl) Suchende ist den
in Höhe und Haus, sowie
Röhren und Bögen. Nur
schriftliche Angebote unter
L. T. 99 da. Bl. 822

Händchen
entlaufen. Gegen
Belohnung abzugeben
R. 7. 2 part. 5202

Entlastung
kl. Rehnischer
ber auf den Namen
„Kocher“ hier.
Wiedererlangt erhält gute
Belohnung, da es sich um
den Spielmannsrad meiner
Räder handelt. Der An-
kauf wird gemerkt 583

Weissenfels
Carolastrasse 7.

Zu verkaufen:
Das in unserem Hause Friedrichsplatz Nr. 6, früherem Restaurant „Bau“, befindliche
Büfett aus Eiche
in toller Ausstattung, mit Neusilber-Schulkbrett und zwei Neusilber-Zapfhähnen, kupfernem Spülbecken, Kompressor-Einrichtung usw.
grosser Gläserschrank aus Eiche,
grosser Küchenherd, in gutem Zustande,
Spülbecken, Warmwasserbereiter und verschiedenes dazu gehöriges Inventar.
M. Stromeyer, Lagerhausgesellschaft,
Mannheim, L. 13, 14.

Öeffentliche Erklärung!
Herr Rechtsanwalt Dr. Richard Kahn in Frankenthal (Pfalz) hat in einer öffentlichen Versammlung von am Tabakgewerbe Beteiligten am 6. Januar 1920 zu Neustadt a. H. gegen unsere Gesellschaft (Inland-Gesellschaft) und unsere Schwestergesellschaft, die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 m. b. H. in Bremen (Auslandgesellschaft), die gemäß der Bundesratsverordnung vom 10. Oktober 1916 mit der öffentlichen Bewirtschaftung des Tabaks unter Aufsicht des Reiches betraut sind, sowie gegen die verantwortlichen Leiter dieser Gesellschaften mit einer Fülle von Unwahrheiten und Verleumdungen die schwersten Angriffe erhoben und damit die niedrigsten Instinkte aufzuputzen gesucht.
Wegen seines Recht und gute Sitten verletzenden Auftretens haben wir gegen Herrn Dr. Kahn Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal und Beschwerde bei der Anwaltskammer in Zweibrücken eingereicht, zugleich namens unserer Schwestergesellschaft in Bremen. Dort wird ihm auch Gelegenheit gegeben sein, zu erweisen, ob gerade er berufen ist, die führenden Männer der beiden Tabakhandels-Gesellschaften mit folgenden Worten zu verunglimpfen:
„Jene Leute, die, während die anderen draussen im Schützen-graben kämpfen und Gut und Blut hergeben für das Vaterland, zu Mannheim oder Bremen im Kaffeehaus sassen und Millionen einsteckten, die sind es, welche die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wünschen.“
Mannheim, den 16. Januar 1920.

Deutsche Tabakhandels Gesellschaft v. 1916
Abteilung Inland m. b. H., Mannheim.

Gelegenheits-Käufe.
Vertreter Pforzheimer Fabrikate in
Handtaschen, Bijouteriewaren
Uhrarmbänder, Ringe u. s. w.
anwesend. Besichtigung erbet. 9-12, 2-6 Uhr.
B9858 **Q 2, 6, 3 Treppen.**

Gesichtshaare
Warzen, Leberflecken
entfernt mittels Elek-
trolyse für Gesicht
unter Gasanästhe-
sie. Anzahl. Empfehlung
Spezialistin für
Haarrestauration L. Maier, F. 1, 6, Mannheim
geg. Landauer.
15-jährige Praxis.

Beyers Handarbeitsblicher.
Schiffchen-, Pilet-, Häkel-
Hardanger-Strickarbeiten u.
40 versch. Bde. Jeder Bd. einzeln käuflich.
Stelo's Buchhandlg., Mannheim, Friedrichspl. 19

Harn
Haut- u. Geschlechtsleiden
— aller Art —
Rasche Erfolge auch
bei alten und hart-
näckigen Fällen, ohne
Beruhigung behandelt:
Dir. Helzer, Schüler's Lichtheil-Institut „Elektron“
Nur N. 3, 5, 1. St. Teleph. 4320 Nur N. 3, 5, 1. St.
Geöffnet 9-12 vorm. 574
2-8 nachm., Sonntags 10-12 Uhr.
Ankunft kostenlos. — 19-jährige Praxis.

**Planino od. Flügel, sowie
Schreib-Maschine**
zu kaufen gesucht. Angebote nebst Angabe des
Fab. Jats und Kaufpreises unter Q. G. 107 an
die Geschäftsstelle da. Bl. 822

Schreibarbeiten
Widerrichten, Besondereleistungen, Diktat,
Wiederholungen u. fertige prompt 547
Schreib-
Bero **Schüritz** O 7, 1
Tel. 6776.

7-9 Zimmerwohnung
per sofort oder später gesucht.
**Eventl. Tausch gegen
4 Zimmerwohnung**
Gefl. Zuschriften unter A. B. 152
an die Geschäftsstelle da. Bl. 822

**Nächste
Gold-Lotterien**
Frankfurter St. Ludwigs-Lose zu 2 Ziehungen je
430 000
Mk. Gesamtgew. 3 Hauptgew. u. 1 Prämie; Mk
229 000
2. Ziehung: 28. Januar.
Lose Mk. 5.—, Porto und Liste 70 Pfg. extra
Bad. Rote-Kreuz-Lose, Ziehung garantiert 3. Februar
37 000
Mk. Gesamtgewinn.
Lose zu Mk. 110, Porto und Liste 45 Pfg. extra
Bad.-Badener Gold-Lose, Zieh. 12. Febr.
23 000
Mk. Gesamtgewinn. Lose zu Mk. 1.—, Porto
und Liste 45 Pfg. extra, empfiehlt und versendet
J. Stürmer Lotterie-Unternehmer
Mannheim, O 7, 11
L. über Straßburg i. Els., Langstraße 107.

Kaufe
steis zu den höchsten Tagespreisen
Gold, Platin
per Gram: Mark 130.—
M. Well, Edelmetalle und Goldw.
Q 3, 10 Mannheim Tel. 2331
Postkarte genügt. 57

U-Eisen
Wir kaufen größere Mengen
28x28x3
20x16x10
18x16x10
16x16x10
15x15x9
oder ähnliche Dimensionen.
Angebote unter Angabe der Menge und
Lieferzeit sind zu richten an:
Daimler-Motoren-Gesellschaft
Werk Sindelfingen
Abtg. Einkauf. 576

7-9 Zimmerwohnung
per sofort oder später gesucht.
**Eventl. Tausch gegen
4 Zimmerwohnung**
Gefl. Zuschriften unter A. B. 152
an die Geschäftsstelle da. Bl. 822

Das Haus der Stoffe
bietet in seiner bekannt
grossen Auswahl
gut u. preiswert an:
**Kleider- und
Kostüm-Seiden**
herrliche Farben, echte Qualitäten
Crepedechnes
für Tanz- u. Abendkleider in wunder-
voller Farbenauswahl. Blusenseiden.

**Frühjahrs-
Kostümstoffe**
prima Reinwolle
in vielen Arten.

Einsegnungs-Stoffe
weiss und schwarz, in grosser
Auswahl, feste und leichte Stoffe.

Große Karros-Auswahl
für Schulkleider in vielen Preislagen.

Es sind vorrätig:
Weiße Nemden-Stoffe, Zephyrs,
Croise, Schürzenstoffe, Bettzeug,
Blusen-Stoffe, Wollmusseline,
Herren-Stoffe und so weiter

Kramp
Das Haus der Stoffe
D 3, 7 1. u. 2. Stock **Planken**

Nähmaschinen repariert
Steil Spezialwerkstatt
Nr. 89964
Nähmaschinen

**Flechten
Wunden**
offene Pfla-
sen, Kramp-
flechten
heilt
oft in ver-
zweifelten
Fällen mit
überragendem Erfolg die **hautbildende**,
schmerz- u. juckreizlösende „**Vater Philipp-
Salbe**“, Preis 3.— und 5,70 M., überall zu
haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und
bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **TUTOGEN-
LABORATORIUM, Dresden-Zschachwitz 223. E107**

**In amerikanische
Maschinenöle u. Fette**
Autöl konsist. Maschinenfett
Motorenöl Heißdampfzylinderöl
Dynamöl Satteldampfzylinderöl

Leinöl roh gekocht Terpentinöl
Putzwolle Glycerin
Putzseifen Fußbodenöl
Bohnerwachs Fußbodenglanzack
alles prompt ab Lager Ludwigshafen a. Rh.
Heierbau 554

Friedrich Guggler, Ludwigshafen a. Rh.
Büro und Lager: Frankenthalerstr. 19.